



# HESSISCHER LANDTAG

30. 11. 2016

## 90. Sitzung

Wiesbaden, den 30. November 2016

<b>Sitzung des Hessischen Landtags anlässlich des 70. Jubiläums des Landes Hessen .....</b>	<b>6353</b>
Präsident Norbert Kartmann .....	6353
Michael Boddenberg .....	6355
Thorsten Schäfer-Gümbel .....	6357
Mathias Wagner (Taunus) .....	6359
Janine Wissler .....	6362
Florian Rentsch .....	6365
Ministerpräsident Volker Bouffier .....	6367

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Tarek Al-Wazir

Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen  
beim Bund Lucia Puttrich

Minister des Innern und für Sport Peter Beuth

Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann

Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz

Minister für Wissenschaft und Kunst Boris Rhein

Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz

Minister für Soziales und Integration Stefan Grüttner

Staatssekretär Michael Bußer

Staatssekretär Mark Weinmeister

Staatssekretär Mathias Samson

Staatssekretär Werner Koch

Staatssekretärin Dr. Bernadette Weyland

Staatssekretär Thomas Metz

Staatssekretär Dr. Manuel Lösel

Staatssekretär Ingmar Jung

Staatssekretär Jo Dreiseitel

Staatssekretär Dr. Wolfgang Dippel

## Abwesende Abgeordnete:

Lena Arnoldt

Jürgen Banzer

Gabriele Faulhaber

Dieter Franz

Lisa Gnadl

Markus Meysner

Dr. Thomas Schäfer

(Beginn: 14:02 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne diese besondere **Sitzung des Hessischen Landtags anlässlich des 70. Jahrestages der Geburtsstunde unseres Bundeslandes Hessen**. Ich begrüße Sie ganz herzlich und freue mich sehr, dass wir uns heute hier treffen können.

Es ist eine normale und doch nicht normale Landtagssitzung. Der Normalität geschuldet ist es aber mit Sicherheit, dass wir auch heute einem gratulieren, der Geburtstag hat. – Sie müssen es erleiden, Herr Minister. Lieber Herr Minister Prof. Dr. Lorz, herzlichen Glückwunsch zum heutigen Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Mein erster Gruß gilt Herrn Ministerpräsidenten Volker Bouffier und seiner Landesregierung. Lieber Herr Ministerpräsident, herzlich willkommen im Hessischen Landtag.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

– Ein kleiner Teil der Opposition hat dem zugestimmt. Es passiert ihm nicht jeden Tag, dass er so herzlich begrüßt wird. Das muss ich zugeben.

Ich begrüße auch die dritte Gewalt, den Präsidenten des Staatsgerichtshofes, Herrn Dr. Paul. Lieber Herr Dr. Paul, liebe Frau Dr. Sacksofsky, herzlich willkommen hier im Hohen Hause.

(Allgemeiner Beifall)

In guter Nachbarschaft zu der Landeshauptstadt darf ich Frau Stadtverordnetenvorsteherin Christa Gabriel herzlich begrüßen. Herzlich willkommen hier bei uns im Landtag.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, Hessen ist eine internationale Region Deutschlands. Ich begrüße herzlich die Doyenne des Konsularischen Korps in Hessen, Frau Generalkonsulin Alexandra Dordevic. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

An einem Geburtstag feiern viele Gäste mit, zumal an einem Geburtstag eines Landes. Insbesondere diejenigen, die ihre Fußspuren hier hinterlassen haben, noch im alten Haus, aber auch schon im neuen Haus, sind wichtige Partner für uns, auch nach ihrer aktiven Zeit. Für alle ehemaligen Abgeordneten, die hier sind, darf ich Herrn Landtagspräsidenten und Staatsminister – das Kürzel „a. D.“ lassen wir weg – Karl Starzacher herzlich begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße die ehemaligen Ministerpräsidenten Hans Eichel und Roland Koch und alle ehemaligen Mitglieder von Landeskabinetten. Auch Ihnen einen wunderschönen guten Tag.

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Landesrechnungshofes, Herrn Dr. Wallmann,

(Allgemeiner Beifall)

und ich begrüße unseren Datenschutzbeauftragten, Herrn Prof. Ronellenfitsch. Auch Ihnen beiden ein herzliches Willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, der vorpolitische Raum, das Umfeld um ein Parlament, ist für uns in Hessen von großer Wichtigkeit. Lassen Sie mich als Vertreter der Bundeswehr Herrn Brigadegeneral Klink herzlich begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Den Vertretern und Repräsentanten der Kommunalen Spitzenverbände, der christlichen Kirchen und den Vertreter der Presse, die sozusagen Bestandteil dieses Hauses sind, allen ein herzliches Willkommen und danke, dass Sie uns hier besuchen.

(Allgemeiner Beifall)

Schließlich möchte ich ein ehemaliges Mitglied des Hauses und langjähriges Mitglied des Bundesverfassungsgerichts besonders begrüßen. Herr Prof. Jentsch, Ihnen ein herzliches Willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, das Innehalten und Reflektieren gründet auf Tradition und Erinnerung. Die Erinnerung erdet, wenn man feststellt, dass viele Dinge, Lebensumstände und Situationen nicht neu sind, sondern schon einmal da waren. Das schafft Rückhalt und Sicherheit sowie die Einsicht, dass Sachverhalte lösbar sind. Erinnerungen haben unterschiedliche Facetten. Sie besitzen aber die Grundbotschaft, dass man aus ihnen lernen kann. Das ist im historisch-politischen Zusammenhang ein wichtiges Angebot an alle Menschen, auch für uns in der Politik, welches wir in der alltäglichen Arbeit als Abgeordnete, also auf Zeit gewählte Vertreter des Volkes, vor Augen haben müssen.

Dem folgend, möchte ich einen kurzen Blick in die Parlements-geschichte dieses Hauses werfen. Mir schien das am besten zu gelingen mit einem Blick auf Aussagen meiner Vorgänger – es sind dies neun an der Zahl – bei deren ersten Reden als neu bzw. wiedergewählte Landtagspräsidenten dieses Hauses.

Das Erste war die Sitzung der ersten frei gewählten Volksvertretung in Hessen am 19. Dezember 1946. Ich will beginnen mit einer nicht präsidialen, aber wichtigen Ausnahme, weil der Alterspräsident zu Beginn einer Legislaturperiode immer das erste Wort hat. Der damalige Alterspräsident Herr Abg. Husch sagte im Dezember 1946 Folgendes:

Wir wissen, große Aufgaben harren unser. Wir haben eine große Verpflichtung zu erfüllen. Deshalb wollen wir heute zunächst geloben, alles zu tun, um ein Wiederaufstehen jener Kräfte und jener Geister zu verhindern, die uns alle in dieses Dunkel geführt haben. Kräfte, die dem Nationalismus und dem Militarismus dienen, haben keinen Platz in unserer ... Gemeinschaft. Alle diejenigen aber, die guten Willens sind, gehören zu uns, gleichgültig, welche religiöse, politische oder sonstige Meinung von dem Einzelnen vertreten wird. Denn nur diese Voraussetzung eines guten Willens wird gefordert von jenen, denen die Weihnachtsbotschaft den Frieden verheißt hat.

Zeitlose Sätze von Herrn Husch.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, der erste Präsident des Hessischen Landtags 1946 war Otto Witte, ein Sozialdemokrat. Er machte die Hoffnung der beginnenden Demokratie vor dem Hintergrund der Schmach des brutalen Regimes der Nationalsozialisten und zugleich das Ziel eines neuen Deutschlands deutlich, wie es schon der deutsche Widerstand um die Mitglieder des Kreisauer Kreises formuliert hatte:

Wir wollen Gerechtigkeit, und wir wollen mit allen Völkern der Erde in Frieden und Freundschaft leben.

Weiter sagte Otto Witte:

Wir müssen danach streben, den Weg frei zu machen für ein freies, einheitliches Deutschland, das wir brauchen, um der Not zu steuern, um unsere Wirtschaft zu beleben und die gesamten Verhältnisse in Deutschland so zu gestalten, dass für jeden Einzelnen das Leben wieder lebenswert wird.

Eine weise Voraussage.

Vier Jahre später, zu Beginn der 2. Wahlperiode des Hessischen Landtags, sagte der gleiche, wiedergewählte Landtagspräsident Otto Witte:

So sehr wir alles Verständnis haben für die derzeitige schwierige Wirtschaftslage, mit allem, was sich daraus für den einzelnen Menschen ergibt, so wissen wir auch, dass wir, die wir berufen sind, hier in der gesetzgebenden Versammlung zu arbeiten, alles von einer höheren Warte aus betrachten müssen, geleitet vom sozialen Verständnis und getragen von dem festen Willen, das allgemeine Wohl zu fördern, demgegenüber das Wohl des Einzelnen zurücktreten muss.

Auch ich möchte dem Wunsche Ausdruck geben ..., dass wir es recht bald erleben mögen, dass ganz Deutschland wieder zusammengeschlossen ist und dass wir dann in den großen Kreis der Völkerfamilie einbezogen werden können, um mit ihr zusammen in Frieden, Wohlfahrt und Freiheit zu leben.

Meine Damen und Herren, der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit und nach der Einheit des deutschen Volkes prägte auch die Geisteshaltung der Landespolitik in damaliger Zeit bereits sehr intensiv und letztendlich, wie wir wissen, erfolgreich. Schon zu Beginn der 3. Wahlperiode, 1954, erfährt man aus Äußerungen der Politiker, dass aus den anfänglichen Hoffnungen und vorsichtigen Wünschen konkrete Erfolge erwachsen sind. Heinrich Zinnkann, der 1954 Präsident des Landtags wurde, sagte:

Am Anfang war das Nichts, das unübersehbare Trümmermeer, das Chaos, waren Verzweiflung, Hunger, Not, Elend, dumpfe Resignation und graue Hoffnungslosigkeit. Wer von uns, der diese Ereignisse handelnd oder meinethalben auch als neben dem Wagen hergehender Zeitgenosse erlebt hat, hätte es für möglich gehalten, dass wir nach einem knappen Jahrzehnt wieder von einer blühenden Wirtschaft reden können, dass die in das geschändete Antlitz unserer Städte und Gemeinden mit Flammenschrift eingegrabenen Runen weitgehend geglättet sind und dass sich unsere Städte und Gemeinden wieder in neuem Glanz und in neuer Schönheit präsentieren?

Immer wieder wird der Wunsch nach einem wiedervereinigten Deutschland ausgesprochen. Heinrich Zinnkann hat

1958, zu Beginn der 4. Wahlperiode und zu Beginn seiner zweiten Amtszeit, gesagt:

Wenn wir also in der Frage der Wiedervereinigung noch lange nicht über den Berg sind, so dürfen wir die Hoffnung doch nicht aufgeben, dass der Tag der Erfüllung einst kommen wird.

Zu Beginn der 5. Wahlperiode erlebten wir durch den Präsidenten Fuchs einen Blick auf die Weltpolitik, die uns im Landtag bereits damals – mittelbar – beschäftigte. Fuchs sagte damals:

Wenn sich auch die Unwetterwolken am außenpolitischen Himmel anscheinend etwas verzogen haben, sollten doch die vergangenen gefährlichen Wochen uns allen, gleichgültig welchen Parteien wir angehören, stets vor Augen halten, dass ein Land Gefahren von außen und selbstverständlich auch von innen nur dann standhalten kann, wenn es gewillt ist, alles zur Sicherung seiner Freiheit zu tun.

Der Hinweis auf die Kubakrise wird hier deutlich.

Meine Damen und Herren, eine besondere historische Reminiszenz war die Rede von Präsident Georg Buch – damals zudem Oberbürgermeister unserer Landeshauptstadt – zu Beginn der 6. Wahlperiode 1966, die ich zitiere:

Unser heutiger Sitzungstag fällt auf einen Tag von ganz besonderer Bedeutung. Heute vor 20 Jahren fand die erste Landtagswahl statt, ... Das Mittagessen, das den Mitgliedern der Versammlung gereicht werden konnte, war eine Erbsensuppe. Das war damals eine Kostbarkeit, und an solche Kostbarkeiten sollte man sich erinnern. Sie können heute noch kostbar sein.

Er sagte weiter:

Der demokratische Freiheitsbegriff bedeutet auch, dass wir zu unserer Sache stehen und dass wir trotz der Verschiedenartigkeit und der unterschiedlichen Auffassung zur sachlichen Zusammenarbeit, zur Toleranz und zur Achtung bereit sind. ... Oberflächliche und sehr oft substanzlose Kritik führt zum Verfall. Die Zeit liegt noch nicht lange zurück, in der sich heterogene Kräfte zusammenfanden, um zu zerstören. Was daraus geworden ist, haben wir alle mit Grausen erlebt. Sorgen wir dafür, dass unsere Arbeit aufbauend und konstruktiv ist, damit unser Land Hessen weiter so gestaltet werden kann, dass der freie Bürger menschenwürdig darin leben kann.

1970, zu Beginn der 7. Wahlperiode, führte er – quasi ergänzend zu dem, was er vier Jahre vorher gesagt hatte – aus:

Diese Grundwerte, die Würde des Menschen zu achten, die Freiheit zu erhalten und unsere Aufgaben in demokratischer Weise zu erfüllen, sind uns weiterhin Auftrag.

1974 – es begann die 8. Wahlperiode – wurde erstmals ein Christdemokrat Präsident dieses Hauses: Dr. Hans Wagner. Er stellte sich in die Tradition seiner Vorgänger. Ich zitiere ihn:

Vor fast 28 Jahren, am 19. Dezember 1946, hat sich der erste frei gewählte Landtag des neuen Landes Hessens konstituiert. Erstmals konstituiert sich heute ein Hessischer Landtag, in dem sich kein Abgeord-

ner mehr befindet, der dem damaligen, ersten Parlament schon angehört hat. ... Meine Damen und Herren, ich stehe in der Tradition dieses Hauses, und ich bekenne mich auch zu ihr.

Die 10. Wahlperiode, 1982, eröffnete Landtagspräsident Jochen Lengemann mit einem besonderen Pflichtbekenntnis:

Ich bin froh, dass ich Dank zu sagen habe nicht etwa für Privilegien, die übertragen worden wären, wie sie von Alters her bis auf den heutigen Tag zum Beispiel im englischen Unterhaus bestehen, wo der Speaker Anspruch auf einen Rehbock und auf eine Rehgeiß aus den königlichen Wäldern hat, sondern dass ich Dank sagen kann für die Inpflichtnahme als erster Mann in diesem Hohen Hause.

Erwin Lang stellte zu Beginn der 11. Legislaturperiode grundsätzlich fest:

Erinnern wir uns deshalb, dass wir als Mitglieder des Verfassungsorgans Landtag Repräsentanten des ganzen Volkes sind und in unserer parteienstaatlichen, parlamentarischen, repräsentativen Demokratie als frei gewählte, an Weisungen und Aufträge nicht gebundene und nur dem eigenen Gewissen verpflichtete Abgeordnete von der Verfassung her den Auftrag haben, das gemeine Wohl zu fördern und zu verwirklichen.

1991, zu Beginn der 13. Wahlperiode, bekannte sich Präsident Karl Starzacher zum Föderalismus:

... ich komme ... zu unserer sich aus dem Föderalismus ergebenden Verantwortung bei der Entwicklung der neuen Bundesländer. ... Meine Damen und Herren, ich bin zuversichtlich, dass dieses Parlament selbstbewusst dafür eintreten wird, den Ländern den ihnen im föderativen System zustehenden Platz auch vor dem Hintergrund der Einigung Europas zu erhalten.

Schließlich konfrontierte uns Klaus Peter Möller 1995, zu Beginn seiner Amtszeit in der 14. Wahlperiode, mit besonders geistreichen Gedanken zum Abgeordnetenleben – auch das muss gesagt werden –:

Wenn jemand in diesem Land den Führerschein verliert, interessiert das in der Regel niemanden. Der Abgeordnete in gleicher Lage ist „Bild“-Zeitungs- und „Tagesschau“-reif. Deshalb zwei Appelle: Vermeiden Sie den Verlust ihres Führerscheins! Und seien Sie nett zu Journalisten!

Meine Damen und Herren, das ist ein wahres Wort. Offensichtlich fühlte er sich nach seiner diesbezüglichen Anmerkung beflößigt, festzustellen:

Nirgends steht geschrieben, dass Geist und Witz im Parlament verboten sind.

(Heiterkeit)

Wie recht er doch hat. Seine ganze Erfahrung als Abgeordneter, die wohl auch unsere Erfahrung ist, fasste er im April 1999 nach seiner Wiederwahl zum Landtagspräsidenten für die 15. Wahlperiode in einem Satz zusammen:

Es ist eine Last und eine Lust, Abgeordneter zu sein.

Dem stimmen alle zu.

Meine Damen und Herren, wenn wir auf die Geburtsstunde Hessens zurückblicken, machen wir das zunächst mit großer Dankbarkeit für das Geleistete gegenüber denen, in deren Tradition wir heute stehen. Dabei wollen wir die Solidarität und das Vertrauen der amerikanischen Militärregierung einbeziehen, die uns bereits kurze Zeit nach dem Zusammenbruch Deutschlands – als Folge der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft – unser Schicksal wieder selbst in die Hand gab.

Lassen Sie uns deshalb heute an all die Abgeordneten denken, die nicht mehr unter uns sind. Das sind die Frauen und Männer der ersten Stunde der neuen Demokratie, der verfassunggebenden Versammlung und der bisherigen Landtage. Wir danken ihnen in dieser Stunde und behalten alles in Erinnerung, was sie für dieses Land getan haben. Sie haben sich um dieses Land verdient gemacht. Wir denken dabei an alle, die nicht mehr unter uns sind.

Meine Damen und Herren, ich freue mich über diese Sondersitzung anlässlich unseres Geburtstags. Es ist Zeit, um sich Zeit zu nehmen: Zeit für die Erinnerung, die Tradition, das Nachdenken, das Feiern und für viele Geburtstagswünsche.

Mit den Wünschen, die ich an uns und dieses Land habe, möchte ich schließen. Es sind sehr persönliche Wünsche an mein Bundesland, die ich bereits im Rahmen der akademischen Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag, also vor zehn Jahren, im Staatstheater genannt habe und die ich heute wiederholen will, weil es auch meine Wünsche sind. Es ist der Rat des Apostels Paulus an die Römer:

Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, beharrlich im Gebet.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erteile nunmehr Herrn Boddenberg, dem Vorsitzenden der Fraktion der CDU, das Wort. Bitte schön.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Der Präsident hat eben den Alterspräsidenten der 1. Sitzung am 19. Dezember 1946 zitiert. Ich will das gern aufgreifen und wenige Zeilen zitieren, die in besonderer Weise gewürdigt werden müssen. Diese hat der Alterspräsident seinerzeit gefunden; darauf hat er hingewiesen, als dieses Land in Trümmern lag und klar war, dass es vor einer gewaltigen Aufgabe stehen würde. Er hat nicht vergessen, am Ende eines sehr deutlich zu machen, indem er gesagt hat:

Wir wissen, dass unsere eigenen Kräfte noch schwach sind. Der Gesundungsprozess unseres schwer kranken Volkes wird nur langsam fortschreiten. Deshalb bedürfen wir noch der Hilfe und der Unterstützung.

Gerade wir Deutsche haben diese Hilfe in den darauffolgenden Jahren in vielerlei Hinsicht erhalten und sind unseren amerikanischen Freunden, den westlichen Alliierten und unseren Nachbarn bis heute zu großem Dank verpflichtet.

(Allgemeiner Beifall)

Wie wahrscheinlich alle Redner habe auch ich mir die letzten 70 Jahre vergegenwärtigt sowie mir die Plenarprotokolle angeschaut und dabei festgestellt, dass drei Dinge besonders auffällig sind:

Erstens. In diesem Landtag war es immer so, dass sich die großen Ereignisse der Bundesrepublik Deutschland auch in Hessen und damit in diesem Hause widergespiegelt haben.

Zweitens. Die Erinnerung an manche Debatten vergangener Jahrzehnte ist sicherlich hilfreich, die eine oder andere Herausforderung, vor der wir heute stehen, besser einordnen und bewältigen zu können.

Drittens. Auch in der Vergangenheit stand immer wieder ein großes Ziel im Mittelpunkt der Anstrengung der damals verantwortlichen Politikerinnen und Politiker: der innere Friede und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Einige wesentliche Herausforderungen aus der Geschichte unseres Landes möchte ich kurz beleuchten, und natürlich möchte ich zuerst auf die Nachkriegsjahre zu sprechen kommen. In diesen frühen Anfangsjahren des Landes stand natürlich die Bewältigung der unmittelbaren Folgen des Zweiten Weltkriegs im Vordergrund. Wenn man bedenkt, mit welchen vermeintlich bedeutungsschweren Punkten und Problemen der Gegenwart wir uns heute teilweise befassen, waren die damaligen Herausforderungen ungleich größer: die Errichtung eines demokratischen Staatswesens, die Gründung demokratischer Parteien, die Reorganisation der Justiz und der Polizei, der Wiederaufbau der Verwaltung, die Entnazifizierung, die Heimkehr der Kriegsgefangenen, die Beseitigung der Trümmer und der Wiederaufbau der zerstörten Städte und Dörfer und nicht zuletzt die Sicherstellung von Wohnraum, Lebensmitteln, Kleidung, Heizmaterial und sonstigen elementaren Grundbedürfnissen der Menschen.

Dagegen wirken unsere heutigen Themen hin und wieder klein, und ich empfinde Demut gegenüber dem – ich denke, da spreche ich im Namen all derjenigen, die heute hier sein können –, was unsere Nachkriegsgenerationen geleistet haben.

(Allgemeiner Beifall)

Die Nachkriegsjahre waren auch geprägt von dem Schicksal der Heimatvertriebenen. Nahezu ein Drittel der heutigen Bevölkerung in Hessen hat einen solchen Vertreibungshintergrund. Der Ausweisungsplan des Alliierten Kontrollrats vom 20. November 1945 sah vor, dass Hessen 27 % der Heimatvertriebenen aus Böhmen, Mähren, der Slowakei, dem Sudetenland und Ungarn aufzunehmen hatte. Man muss sich erinnern, dass dieser Zustrom der Flüchtlinge zusammentraf mit einer aufgrund der Zerstörungen des Bombenkriegs ohnehin grassierenden Wohnungs- und teilweise Hungersnot. Im September 1950 belief sich die hessische Bevölkerung laut Volkszählung auf 4,32 Millionen Menschen; ein Großteil von ihnen, etwa 720.000 Menschen, ist auf die Zuwanderung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zurückzuführen. Ministerpräsident Christian Stock, den ich zitieren möchte, sprach damals von einer „Völkerwanderung, die in der Geschichte Europas ihresgleichen sucht“.

Natürlich ist in den letzten Monaten der Jahre 2015 und 2016 häufig ein Zusammenhang hergestellt worden zwischen dem, was wir jüngst erlebten und was seinerzeit in unserem Land geschehen ist. Ich glaube aber, es besteht ein großer Unterschied. Denn die Menschen, die damals zu

uns kamen, kamen aus dem eigenen Land; man teilte dieselbe Sprache, ähnliche Erinnerungen, Sitten, Gebräuche und Mentalitäten. Nur wenig davon gilt für die Neuankömmlinge heute. Allerdings kommen die heutigen Flüchtlinge in ein Land, in dem es ein funktionierendes Staatswesen und eine herausragende Wirtschaftskraft gibt und wir diese Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, vor allem auch dank des großartigen Engagements unzähliger Ehrenamtlicher meistern können. Gerade in diesen Tagen haben wir Anlass, den hauptamtlichen, aber insbesondere auch den ehrenamtlichen Helfern sehr herzlich zu danken.

(Allgemeiner Beifall)

Ausdruck für die großartige Herausforderung seinerzeit waren der „Hessenplan“ von 1951 und 1965, in dem der damalige Ministerpräsident Georg August Zinn darauf hinwies, dass wir darauf achten müssen – es ist also ein Phänomen, über das wir heute auch sehr oft reden –, dass es kein Ungleichgewicht geben dürfe bezüglich der Unterstützung für diejenigen, die neu hinzugekommen sind, im Vergleich zu denjenigen, die seinerzeit in diesem Land lebten. Das ist eine Parallele zu unserem heutigen Aktionsplan, den wir vor einem Jahr gemeinsam beschlossen haben und in dem wir bei jeder Gelegenheit darauf hinwirken und -weisen, dass dieser Aktionsplan sowohl der Integration der Flüchtlinge als auch – ganz besonders – dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft dienen soll. Bei dieser Gelegenheit will ich auch sagen: Das ist ein Grundkonsens in diesem Hause, über den ich mich sehr freue. Auf diesen können wir stolz sein, und ich will ausdrücklich würdigen, dass die Oppositionsfractionen dieses große Werk in wesentlichen Fragen gemeinsam mit uns geschaffen haben. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber was wäre ein Blick zurück ohne den Verweis auf die Siebzigerjahre und den Kampf um die Hochschulen sowie auf den klassischen hessischen Schulkampf? Einige der Gäste, die heute hier sind, sind seinerzeit sehr engagiert gewesen und verfolgen bis zum heutigen Tag, dass dieser hessische Schulkampf die Landespolitik in der Bildung an vielen Stellen maßgeblich bestimmt.

Es ging seinerzeit bei den Hochschulen um deren Selbstbestimmung, um die Mitbestimmung der Studierenden. Aber es ging auch um eine grundsätzliche Idee der Sozialdemokratie, seinerzeit in dem sogenannten „Wetzlarer Flächenversuch“ umgesetzt, bei dem das gegliederte Schulwesen in ein Schulwesen integrierter Gesamtschulen überführt werden sollte. Ich will darauf hinweisen, dass der wissenschaftliche Leiter seinerzeit erklärt hat, welche großen Erwartungen er hatte. Vor wenigen Jahren, 2008, hat er aber erklärt, dass diese Erwartungen enttäuscht worden seien und dass es eben kein Mehr an Bildungsgerechtigkeit bedeute, ein solches Schulsystem zu implementieren.

Ich will auch sagen, und dafür bin ich sehr dankbar: Mein Eindruck ist, dass wir heute von diesen grundideologischen Auseinandersetzungen ein wenig abrücken und mittlerweile ein komplementäres Schulsystem haben, in dem alle Schulformen ihren Platz haben. Vielleicht ist auch das ein Ausdruck dafür, dass ein Landtag, dass ein Land lernfähig ist, lernfähig aus seiner eigenen Geschichte.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gab auch die dunklen Kapitel in dieser 70-jährigen hessischen Geschichte, z. B. mit dem Terror der RAF insbesondere in den Siebziger-, aber auch noch in den Achtziger- und Anfang der Neunzigerjahre. Mit den Anschlägen auf das Frankfurter Kaufhaus Schneider im April 1968, Bombenanschlägen auf das Frankfurter Hauptquartier der US-Armee, der Ermordung Jürgen Pontos in Oberursel, der Ermordung Heinz-Herbert Karrys, zu der sich später die sogenannten Revolutionären Zellen bekannten, und nicht zuletzt auch mit dem tödlichen Bombenattentat auf Alfred Herrhausen ist eine Terrorwelle über unser Land gegangen, die ebenfalls an heutige Zeiten erinnert und nicht vergessen werden darf.

Nicht vergessen werden darf, dass seinerzeit, 1977, der eben schon zitierte Landtagspräsident Dr. Hans Wagner erklärte, dass der Staat seine volle Handlungsfähigkeit zeigen, aber auch besonnen reagieren müsse, insbesondere mit Blick auf das damals noch ungeklärte Schicksal von Hanns Martin Schleyer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen auch heute noch vor der Herausforderung von Terrorismus. Wir werden als Gesellschaft, aber auch als Staat klare Antworten auf diese Herausforderungen geben müssen.

Ein sehr spannendes Kapitel war der Ausbau des Frankfurter Flughafens mit der Startbahn West und dem traurigen Höhepunkt am 2. November 1987, als zwei hessische Polizeibeamte, Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm, ums Leben kamen. Es waren die Auseinandersetzungen um den Frankfurter Flughafen, die damals deutlich gemacht haben, dass auch Worte zunächst dazu geeignet sein können, Gewalt und Exzesse hervorzurufen. Ich zitiere den damaligen Ministerpräsidenten Holger Börner, der in einer Rede schon zu sehr früher Zeit, 1981, gesagt hat:

Wer monatelang mit hetzerischen Formulierungen und skandalösen Begriffsverdrehungen wie „Staatsstreich“, „Verfassungsbruch“ und anderen die rechtsstaatlichen Entscheidungen abwertet und den Polizeieinsatz als staatlichen Terror denunziert, trägt die Verantwortung für die Gewalt am Flughafen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Gewalt war und ist auch heute kein probates Mittel von Politik.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Es war auch die Zeit der Entstehungsphase der GRÜNEN; Herr Kollege Wagner wird sicherlich darauf zu sprechen kommen. Es war eine Zeit, in der wir schon einmal erlebt haben, dass in unserem Land viele mit den etablierten Parteien nichts mehr anfangen konnten. Waldsterben, damals schon die Diskussion um Klimawandel, Frankfurter Flughafen, Atomwirtschaft, all das führte dazu, dass die GRÜNEN in eine Lücke vorstießen, wie sie selbst sagen, und damit nicht nur für ihre Entstehung, sondern auch für ihre Politik der folgenden Jahrzehnte einen Grund hatten.

Das unterscheidet sich von der Situation heute. Im Wesentlichen wird darüber gesprochen, dass viele mit den etablierten Parteien ein Problem verbinden. Ich glaube, im Namen aller feststellen zu können: Wer heute sagt, dass die Herausforderungen der Zukunft mit einfachen Antworten zu lösen sind, der missbraucht das vermeintliche erste Wählervertrauen von Bürgerinnen und Bürgern.

Die GRÜNEN haben damals keine einfachen Antworten gehabt, aber sie haben Antworten gehabt, über die man

trefflich streiten konnte. Die heutigen insbesondere rechtspolitischen Parteien haben keine Antworten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle müssen gemeinsam dafür sorgen, dass Parteien, die ausgrenzen, diskriminieren und spalten wollen, in deutschen Parlamenten keine Zukunft haben.

(Allgemeiner Beifall)

Ich könnte noch an die glückselige Zeit der Wiedervereinigung erinnern. Ich könnte sagen, dass Hessen sich hierbei nicht nur verantwortlich gezeigt hat, sondern Großartiges geleistet hat, für das wir heute noch sehr dankbar sein können.

Ich sollte zum Schluss darauf hinweisen, dass dieses Land nach 70 Jahren einer glücklichen Geschichte mit vielen Höhen und Tiefen am Ende aber einiges geschaffen hat: sozialen Frieden, weitestgehende Gerechtigkeit, eine Solidarität gegenüber den Schwachen und einen Wohlstand, von dem unsere Vorväter vor 70 Jahren nur hätten träumen können. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein solches Land ist am Ende auch in der Lage, aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu meistern.

Um diese Aufgaben, die vor uns liegen, meistern zu können, bedarf es aus meiner Sicht – Herr Präsident, ich komme zum Schluss – einiger gemeinsamer Vereinbarungen.

Ja, es müssen sich alle in unserem Land die Grundlagen unserer Verfassung und die Grundsätze unseres Rechtsstaats bedingungslos zu eigen machen. Es muss möglich sein, Probleme offen, sachlich und im gegenseitigen Respekt vor der Würde des anderen an- und auszusprechen. Wir müssen alles daransetzen, dass unsere Hilfe und unsere Solidarität uneingeschränkt jedem gebühren, der unsere Hilfe braucht und der nicht aus eigener Kraft in der Lage ist, sein Leben und das seiner Familie zu meistern.

Wir brauchen nicht nur Mitgefühl für das Leid der Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten, sondern wir brauchen auch Verständnis dafür, dass diese Menschen eine Zeit lang brauchen werden, um sich in der für sie völlig neuen Welt zurechtzufinden.

Es ist unsere gemeinsame und verantwortungsvolle Aufgabe, jeden Tag aufs Neue und mit ganzer Kraft für den Art. 1 unserer Hessischen Verfassung einzutreten:

Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich, ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, der Herkunft, der religiösen und der politischen Überzeugung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Ich erteile nun dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel, das Wort.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, verehrte ehemalige Kolleginnen und Kollegen und Ehrengäste! Wir feiern 70 Jahre Hessen. Wir haben wirklich allen Grund, zu feiern, wenn wir uns anschauen, was in den letzten 70 Jahren aus diesem Land geworden ist.

Dass wir das feiern können und dürfen, haben wir – Herr Boddenberg hat auch schon darauf verwiesen – zuallererst der Befreiung vom Faschismus durch die alliierten Streitkräfte zu verdanken. Dieser Dank wird immer währen.

(Allgemeiner Beifall)

Nach dem militärischen Sieg über den Faschismus kam der Wiederaufbau, der Wiederaufbau von Wohnraum, Energie, Verkehrswegen und den einfachen Dingen des Alltags, der Wiederaufbau einer funktionierenden Verwaltung und der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft.

Ich will an dieser Stelle zwei Institutionen bzw. Persönlichkeiten stellvertretend für all diejenigen, die dazu einen wichtigen Beitrag geleistet haben, besonders herausstellen, wenn ich Fritz Bauer und die Frankfurter Schule erwähne.

(Allgemeiner Beifall)

Die Hessische Verfassung war in ihrer Art fortschrittlicher und demokratischer als viele andere Verfassungen – das gilt insbesondere für die Sozial- und Wirtschaftsverfassung –, und wesentliche Impulse gingen von dieser Verfassung auch in das Grundgesetz ein.

Wahrlich eine Erfolgsgeschichte, die Hessen in den letzten 70 Jahren vorzuzeigen hat. Es gab auch viele dunkle Stunden, dazu hat Herr Boddenberg schon einiges gesagt. Ich möchte in Ergänzung wenigstens einige wenige nennen wie das große Grubenunglück in Borken, die Ermordung von Heinz-Herbert Karry, aber auch den Mord an zwei Polizisten an der Startbahn 18 West und auch die NSU-Mordserie, die unser Land erschüttert.

Hessen wird 70. Wie soll man eigentlich einer Institution gratulieren, dazu noch einer, die künstlich geschaffen wurde? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte es da mit Gustav Heinemann:

Ach was, ich liebe keine Staaten, ich liebe meine Frau, fertig.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Länder und Institutionen werden von Menschen geprägt, die sie formen, die ihnen Leben einhauchen, die für die Menschen in dem Land handeln, die sich für die Zukunft, für die Freiheit, für die Solidarität und den Wohlstand einsetzen.

Es sind die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, denen wir heute gratulieren und Dank sagen, in den Sport-, Kleintier- und Kulturvereinen, in den Feuerwehren, in den Rettungsorganisationen, in den Kirchen, in den Glaubensgemeinschaften, in den Gewerkschaften und Sozialverbänden, in den Wirtschaftsverbänden, in den Parteien und Wählergruppierungen und in den Tafeln und Flüchtlingsinitiativen.

(Allgemeiner Beifall)

Es sind Menschen wie die vielen Alleinerziehenden, die jeden Tag einen großen Beitrag für ihre eigene Familie, aber auch für diese Gesellschaft leisten; es sind Menschen wie Friedrich von Metzler, der als erfolgreicher Bankier und Kulturförderer unser Land prägt; es sind Menschen wie Herr Rodermund, der sich trotz dutzendfacher Enttäuschungen auf der Suche nach einer neuen Arbeit nicht aufgegeben hat und heute in einer Tafel in Gießen anderen Menschen hilft, die nach Hilfe suchen; es sind Menschen wie Dr. Hasina Farouq, die als Migrantin heute Stadtverordnete in Kassel ist und im Berufsalltag Erfolg hat – es

ist die Vielfalt der Gesichter und Menschen, die Hessen Gestalt gibt.

Das macht aus meiner Sicht den Kern unseres Landes aus: Zusammenhalt und Integration sind das, was eigentlich die Gestaltungslinie, das konstitutive Element, unseres Bundeslandes ist. Hessen kennt seit Jahrhunderten Einwanderer und Flüchtlinge: Flamen, Hugenotten, Wallonen, Waldenser, Schlesier, Ost- und Westpreußen, Sudetendeutsche, Donauschwaben, Portugiesen, Italiener, Türken, Kurden und Marokkaner, um nur einige wenige zu nennen.

Warum sage ich das? – Weil ich an einer Stelle Herrn Boddenberg ein klein wenig widersprechen möchte: in der Einschätzung der Integrationsleistung von vor 70 Jahren gegenüber heute. Ich will es ganz bewusst nicht mit meinen Worten sagen, sondern mit den Worten von Hannah Ahrendt, die es in ihrem Essay „Wir Flüchtlinge“ von 1943 wie folgt formulierte:

Wir haben unser Zuhause und damit die Vertrautheit des Alltags verloren. Wir haben unseren Beruf verloren und damit das Vertrauen eingebüßt, in dieser Welt irgendwie von Nutzen zu sein. Wir haben unsere Sprache verloren und mit ihr die Natürlichkeit unserer Reaktionen, die Einfachheit unserer Gebärden und den ungezwungenen Ausdruck unserer Gefühle. Unsere Identität wechselt so häufig, dass keiner herausfinden kann, wer wir eigentlich sind ..., und das bedeutet den Zusammenbruch unserer privaten Welt.

Hessen hat – um es mit den Worten von Hannah Ahrendt zu sagen – Menschen eine neue „private Welt“ gegeben. Das ist der tiefere Sinn, das Angebot und Versprechen unseres ehemaligen Ministerpräsidenten Georg August Zinn, als er den Satz sagte: „Hesse ist, wer Hesse sein will.“

(Allgemeiner Beifall)

Zinn ging es nicht um eine Leitkulturdebatte, es ging ihm nicht um Sprachprüfungen – es ging ihm zunächst um ein Angebot nach dem Motto: „Ihr seid hier zu Hause; ihr habt hier eine neue Heimat, wenn ihr es wollt.“ Das ist aus meiner Sicht bis heute das weitestgehende Integrationsversprechen, das je ein deutscher Politiker abgegeben hat. Er hat es nicht nur in großen Reden formuliert, sondern er hat dazu einen „Hessenplan“ vorgelegt, in dem die Maßnahmen beschrieben wurden, wie man das macht, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt funktioniert und eine Balance zwischen den Neubürgern und den Einheimischen gewahrt bleibt.

Mit dem „Hessenplan“ hat der Gedanke der sozialen Integration eine Breitenwirkung erzielt, die im ganzen Bundesgebiet weithin zum Vorbild wurde. Die hessische Sozialdemokratie hat am gestrigen Abend Wenzel Jaksch, den ehemaligen Vorsitzenden der Seliger-Gemeinde, der sudetendeutschen Sozialdemokraten, hier im Hessischen Landtag geehrt. Wenzel Jaksch, der eine so beeindruckende Persönlichkeit war – in der Abgrenzung zum Faschismus auf der einen Seite und der Vertreibungspolitik auf der anderen Seite – und der gleichzeitig als Flüchtlingsbeauftragter in Hessen ganz wesentlich Mitautor des „Hessenplans“ war, hat in so besonderer Art und Weise genau für diese Balance in Hessen gestanden.

Hessen ist ein Beispiel dafür, dass Fortschritt möglich ist. Hessen ist ein Beispiel dafür, dass Zukunft gestaltbar und eine Frage der Machbarkeit und des Willens ist.



Das ist das Eigentliche, was aus meiner Sicht an einem Tag wie heute nicht nur bleibt, sondern vor allem auch Verpflichtung für morgen ist: dass Hessen ein Beispiel dafür ist, dass der Mut zu Reformen mit dem „Hessenplan“ am Ende Erfolge mit sich bringt. Die Integration, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung von Wohnraum in einem Ausmaß, das sich heute angesichts der Rahmenbedingungen von vor 70 und 60 und 50 Jahren nur wenige vorstellen können – Herr Boddenberg hat darauf ebenfalls verwiesen –, sind die eigentliche Leistung dieses Bundeslandes.

Es ist eben am Ende ein Erfolgsbeispiel dafür, dass Reformpolitik funktioniert. Aus den Trümmern wurde die Basis für wirtschaftlichen Aufschwung, Wohlstand und Teilhabe für alle entwickelt. Die Schaffung von Infrastruktur, die Stärkung des ländlichen Raums und die damit verbundenen Perspektiven für alle Menschen, insbesondere auch im ländlichen Raum, sind das, was wir als die eigentliche Erfolgsgeschichte dieses Bundeslandes beschreiben können.

Weil wir eben nicht die Vollversammlung eines Geschichtsvereins sind, sondern der Hessische Landtag,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Genau!)

will ich diesen Geburtstag am heutigen Tage ganz bewusst nicht nur nutzen, um zurückzublicken, sondern auch, um einen Blick nach vorne zu wagen. Denn damals wie heute sind einige der Herausforderungen geblieben; manche stellen sich heute neu – sicherlich in einem anderen Kontext und auf einem völlig anderen Niveau, aber die Herausforderungen bleiben.

Viele Bürgerhäuser, Schulen und Sportstätten von damals haben ihre Halbwertszeit deutlich überschritten. Ich will ausdrücklich auf unsere Haushaltsdebatte zum Thema Investitionsstau verweisen: Bezahlbarer Wohnraum ist auch heute wieder ein großes Thema –

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

ein Thema, das uns immer wieder hier im Landtag mit einer solchen Wucht beschäftigt, dass alle Kolleginnen und Kollegen wissen, wovon ich rede: Aufstiegschancen für Menschen aus bestimmten sozialen Gruppen werden kleiner und deren Probleme damit größer. Die Lebensbedingungen in Stadt und Land entwickeln sich auch wegen des demografischen Wandels auseinander.

Die Frage des Erhalts und der Sicherung der Daseinsvorsorge sowie der Bezahlbarkeit von Daseinsvorsorge im ländlichen Raum wird in den nächsten Jahren eine immer größere Aufgabe für uns werden. Gebührenfreie Bildung von Anfang an ist aus unserer Sicht eines der Gebote der Stunde – nicht nur um Familien zu entlasten, sondern vor allem um dafür zu sorgen, dass soziale und kulturelle Teilhabe für alle wirklich möglich wird. Das ist nach wie vor eine der Verpflichtungen aus der Verfassung, wie wir sie heute kennen. Ich will deutlich dazusagen: Mit uns wird es an diesem Wesenskern der Verfassung auch keine Veränderung geben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Integration – auch dazu hat Herr Boddenberg einiges gesagt – bleiben Kernthemen unserer Zeit. In der Tat, sie stellen sich seit

dem letzten Jahr noch einmal anders, und ich will das ausdrücklich zurückgeben: Ich bedanke mich für die freundlichen Worte im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Es bleibt bei unserer Grundhaltung, dass wir diese Zusammenarbeit fortsetzen, bei allen Holprigkeiten der letzten Monate – die lasse ich mal beiseite. Aber es bleibt bei dieser grundsätzlichen Vereinbarung; denn wenn wir es nicht tun würden, dann würden wir am Ende das Geschäft der Populisten betreiben. Das ist die eigentliche Gefahr und Herausforderung für uns in den nächsten Jahren mit Blick auf viele Wahlentscheidungen und Entscheidungen insgesamt, mit Blick auf den Brexit und anderes in den letzten Monaten.

Deswegen will ich ganz am Ende auf eine weitere Verpflichtung oder Aufgabe, die ich für uns sehe, zu sprechen kommen. Das ist die Frage: Wie fördern wir Demokratie? Sind wir heute in unserem Bildungssystem, in der Art und Weise, wie Parteien funktionieren, wie Wählergemeinschaften funktionieren, wie Staatlichkeit funktioniert, auf der Höhe der Zeit, wenn wir die großen Worte der Teilhabe ernst nehmen?

Ich will ganz bewusst am Ende noch einmal Georg August Zinn zitieren, der einmal gesagt hat: Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, sie ist auch eine Lebensweise.

Ich wünsche mir sehr für uns, nicht nur in solchen schwergewichtigen Debatten wie heute, sondern auch im politischen Alltag dieses Parlaments, dass wir uns die, wie ich finde, wesentlichste Weisheit von Georg August Zinn auch im Alltagsgeschäft zu Herzen nehmen und versuchen, offener miteinander über die Zukunft dieses Landes zu streiten, und zwar zu streiten im Sinne konstruktiver Erarbeitung von Lösungen.

Ich glaube, dass die Zeit für einen neuen Hessenplan gekommen ist, der versucht, die Aufgaben, die ich am Ende versucht habe zu beschreiben, die ich sehe, zu beantworten. Wenn wir darauf keine Antwort geben, dann wird das mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt schwierig. Ich möchte auch in 70 Jahren – dann von anderer Stelle; das werde ich selbst nicht mehr erleben – sehen, dass dieser Landtag nach wie vor diese Erfolgsgeschichte von Hessen feiern kann. – Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Ich erteile dem Vorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Abg. Mathias Wagner, das Wort.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, sehr geehrte Ehrengäste, meine Damen und Herren! 70 Jahre Hessen in 15 Minuten, das kann nur ausschnitthaft sein. Das können nur Akzente sein, auf die man eingehen will und eingehen kann. Ich will versuchen, einen Bogen zwischen dem zu spannen, was uns in der Geschichte Hessens bewegt hat, und dem, was uns heute noch bewegt bzw. wo wir für die Themen heute etwas aus unserer Geschichte lernen können.

Beginnen möchte ich damit, dass sich viele Menschen in unserem Land fragen, was gerade in Amerika passiert, dass sie Sorgen über die Entwicklung in Amerika haben. Das soll auch Raum haben. Aber darüber sollte nie vergessen gehen, dass sich Deutschland und Hessen nicht selbst vom Naziterror befreit haben, sondern dass es die Alliierten waren und dass es in Hessen die Amerikaner waren, die uns befreit haben und die uns Demokratie gebracht haben. Daran sollten wir immer denken und uns immer erinnern.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Wir haben auch den Aufbau unseres Landes nicht alleine hingebacht, sondern hatten dabei auch große Unterstützung, wenn ich an den Marshallplan erinnern darf. Diese Hilfe, die uns vor 70 Jahren zuteilwurde, sollte uns heute den Großmut geben, dass wir andere Nationen, andere Staaten, die auch in krisenhaften Situationen sind, in ihrer Aufbauleistung unterstützen und dass wir an die Krisen in anderen Ländern erinnern und uns verpflichtet fühlen, dazu nicht zu schweigen.

Aufarbeitung und Entnazifizierung, das war das große Thema nach dem Krieg lange Zeit eben nicht. Es bedurfte erst Fritz Bauer und anderer Menschen, die die Hessinnen und Hessen damit konfrontiert haben, was im Dritten Reich passiert ist, der viele Anfeindungen über sich ergehen lassen musste, der trotzdem nicht aufgegeben hat, der die Auschwitz-Prozesse mit auf den Weg gebracht hat, der immer wieder Fragen gestellt und dafür gesorgt hat, dass diese deutsche Geschichte aufgearbeitet wurde.

Dazu gehört auch das Frankfurter Institut für Sozialforschung, von den Nazis aus dem Land vertrieben und nach dem Krieg wieder zurückgekehrt, mit wesentlichen Beiträgen zur Aufarbeitung der dunkelsten Phase unserer deutschen Geschichte.

(Allgemeiner Beifall)

Vor diesem Hintergrund unserer Geschichte ist es besonders beschämend, wenn wir heute, im Jahr 2016, wieder ein Anwachsen von antisemitischen Äußerungen und Taten feststellen müssen. Es ist beschämend, wenn Rassismus, wenn völkisches Denken wieder zurück im politischen Diskurs ist.

Meine Damen und Herren, es war beschämend, dass wir die Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds so lange nicht erkannt haben, dass Halit Yozgat aus Kassel sterben musste von der Hand dieser mörderischen Terrorgruppe. Das ist und das bleibt beschämend, und wir müssen es aufklären.

(Allgemeiner Beifall)

Der Geist und der Auftrag unserer Hessischen Verfassung lautet: nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus, nie wieder Auschwitz. Das leitete die Väter und die Mütter der Hessischen Verfassung, die auch hier erwähnt werden sollen; denn es gab drei hessische Mütter der Verfassung, an ihrer Spitze Elisabeth Selbert. Elisabeth Selbert hat bei der Hessischen Verfassung, später auch beim Grundgesetz, dafür gestritten, dass sich der schlichte, einfache und eigentlich so selbstverständliche Satz im Grundgesetz und ähnlich auch in der Hessischen Verfassung findet: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Auch deshalb sind 70 Jahre Hessen auch 70 Jahre Kampf und Engagement für gleiche Rechte für alle Menschen,

aber insbesondere auch für gleiche Rechte von Männern und Frauen. Es war später die Frauenbewegung in den Siebziger-, in den Achtzigerjahren, die dafür gesorgt hat, dass das, was in der Verfassung schon immer als Auftrag stand, stärker Verfassungswirklichkeit wurde und tatsächlich durchgesetzt wurde. 1993 gab es dann ein bundesweit beachtetes Gleichberechtigungsgesetz für die Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen. Aber wir sind bei diesem Verfassungsauftrag noch nicht fertig. Noch immer gibt es ungleiche Behandlung zwischen Frauen und Männern, verdienen Frauen weniger als Männer und gibt es die gläserne Decke, was Führungsfunktionen angeht. 70 Jahre danach haben wir viel erreicht, aber noch eine Menge zu tun.

(Allgemeiner Beifall)

70 Jahre Hessen sind 70 Jahre Einsatz für Freiheit, für Vielfalt und für Offenheit. Auch das hatten die Mütter und Väter unserer Verfassung schon in der Verfassung angelegt. Aber es bedurfte erst der Bewegung der 68er, der neuen sozialen Bewegung, um weite Teile dieses Freiheitsversprechens, dieses Vielfaltsversprechens, dieses Offenheitsversprechens tatsächlich für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu verwirklichen. Deshalb gehört die 68er-Bewegung bei allem, was man kritisieren kann, bei mancher Übertreibung, zu dieser hessischen Geschichte. Das ist auch gut so. Ich möchte nicht in einem Land leben, in dem es diese Freiheitsrechte, die damals erstritten wurden, nicht gibt.

(Allgemeiner Beifall)

Zu 70 Jahren Hessen gehört aber auch, dass diese Gleichheit nicht immer für alle galt und dass wir bis heute daran arbeiten müssen, dass sie gilt. § 175 aus dem Strafgesetzbuch, mit dem homosexuelle Handlungen unter Strafe standen, galt bis in die Sechzigerjahre unverändert fort. Er wurde erst in den Neunzigerjahren abgeschafft. Deshalb ist es gut, dass wir heute für Akzeptanz und Vielfalt unabhängig von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität eintreten und dass wir uns hier im Hessischen Landtag verpflichtet haben, das Unrecht des § 175 aufzuarbeiten.

(Allgemeiner Beifall)

Es lohnt, in diese Hessische Verfassung zu schauen, in die Einfachheit der Sprache, aber die Deutlichkeit der Aussagen. Diese Hessische Verfassung hat allen Stürmen der Zeit und des Zeitgeistes getrotzt, weil sie so klar ist und so klare Handlungsaufträge enthält. Deshalb sollten wir diese Verfassung nicht ins Museum stellen. Wir sollten uns schon fragen: Wie können wir sie modernisieren? Aber ich glaube, wir sollten sie in ihrem Kern erhalten und einzelne punktuelle Veränderungen an ihr vornehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

70 Jahre Hessen, das sind 70 Jahre gelungene Integration. Es wurde schon angesprochen: Das waren die Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg. In den Sechzigerjahren waren es dann die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, die wir in unser Land eingeladen haben. Dann waren es die Spätaussiedler. Auch heute beschäftigt uns wieder das Thema, dass Menschen in unser Land kommen, die ihr Heimatland verlassen und die vor Krieg und Gewalt fliehen mussten. Auch jetzt geht es wieder um Integration.

Es sollte uns Mut geben, dass diese Integrationsleistung in unserem Land gelungen ist. Da wir heute einen Minister-

präsidenten mit dem Familiennamen Bouffier haben und sein Stellvertreter Al-Wazir heißt, können wir mit Stolz sagen: Gelungene Integration ist in unserem Land die Regel.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und der FDP)

70 Jahre Hessen. Hessen ist ein prosperierender Wirtschaftsstandort. Aber es ist auch immer ein Ort des kritischen Diskurses gewesen und soll das auch bleiben.

Ja, die wirtschaftliche Entwicklung ist wichtig. Wir waren Standort der Bundesbank und sind es noch heute. Wir sind Standort der Europäischen Zentralbank. Wir haben den Finanzplatz Frankfurt.

Aber ebenso hat uns die Frankfurter Schule, hat uns die Kritische Theorie und haben uns Max Horkheimer, Theodor Adorno und Jürgen Habermas immer darauf hingewiesen, kritisch zu bleiben und Fragen zu stellen. So spannt sich auch da ein Bogen von der wirtschaftlichen Entwicklung Hessens bis hin in die Neuzeit. Die kapitalismuskritische Bewegung und der friedliche Teil der Blockupy-Bewegung, all das gehört zu Hessen. All das gehört zusammen. All das macht Hessen aus, dass es auch gleichzeitig stattfindet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Die Frage nach Globalisierung für wen ist, glaube ich, aktueller denn je. Wir sollten uns alle verpflichtet fühlen, dass alle Menschen in unserem Land teilhaben können, dass alle Menschen Chancen haben. Wir sollten die Bildungspolitik und die Sozialpolitik so gestalten, dass der große wirtschaftliche Wohlstand, den Hessen hat, auch allen Menschen zugutekommt.

70 Jahre Hessen, das ist auch die Geschichte der neuen sozialen Bewegungen, der Ökologiebewegung und der GRÜNEN. In den Siebzigerjahren herrschte ein blinder Fortschritts- und Wachstumsglauben, zu dem immer mehr Bürgerinnen und Bürger gesagt haben: Das kann so nicht funktionieren, unendliches Wachstum auf einem begrenzten Planeten, das wird nicht gehen.

Die Proteste haben auch hier in Hessen Ausdruck gefunden, beispielsweise in den Debatten über den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Über 100.000 Menschen haben gegen den Bau der Startbahn West demonstriert. 220.000 Menschen haben Unterschriften für ein Volksbegehren gesammelt. Denn an diesem Projekt wurde deutlich: So, wie man es geglaubt hat, nämlich blinder Wachstumsglaube ohne eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und das einfache Durchziehen der Projekte, das funktioniert nicht.

Mit dem, was dann am Frankfurter Flughafen bei den Demonstrationen passiert ist – zwei Polizisten wurden erschossen –, wurde die Grenze überschritten. Daraus wurde in diesem Bundesland eine Lehre gezogen, nämlich die, dass wir solche Projekte mit anderen Verfahren machen wollen. Deshalb gab es dann das Mediationsverfahren. Bei aller Kontroverse über den Frankfurter Flughafen heute sollten wir uns immer daran erinnern, dass es uns um einen Ausgleich der Interessen und um das Zuhören gehen muss. Gewalt aber ist niemals ein Mittel der Politik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und der FDP)

In der vergangenen Woche erhielten wir die Meldung, dass das Atomkraftwerk Biblis, Block A, kernelementefrei ist. Was für eine Entwicklung!

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Was haben wir in Hessen gestritten. Es sollte sogar das Atomkraftwerk Biblis, Block C, gebaut werden. Es sollte in Hessen eine Wiederaufbereitungsanlage gebaut werden. ALKEM und NUKEM, der Streit um die Hanauer Atomfabriken, all das ist in Hessen Geschichte. Das ist gut so.

Manches aus den Debatten vor der Ökologiebewegung erscheint uns heute unvorstellbar. Da gab es doch wirklich einmal die Idee, in die Grube Messel Müll zu kippen. Gott sei Dank ist es so nicht gekommen. Wir haben jetzt in Messel ein UNESCO-Weltnaturerbe.

Gott sei Dank haben wir auch den Nationalpark Kellerwald-Edersee. Auch darum gab es viele Auseinandersetzungen, die heute keiner mehr nachvollziehen kann. Heute halten das alle für selbstverständlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Das war das Klima, in dem dann diese neue, junge Partei Ende der Siebzigerjahre bzw. Anfang der Achtzigerjahre entstanden ist. Bei dieser Geschichte kann es nicht verwundern, dass Hessen mit Joschka Fischer das erste Bundesland mit einem grünen Minister war. Er wurde im Hessischen Landtag vereidigt. Das geschah damals in Turnschuhen. Sie sehen: Heute trägt man auch Krawatte, aber es bleibt immer grün.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gab dann auch den ersten grünen Minister in einem klassischen Ressort. Rupert von Plottnitz ist da. Das war das Justizressort. Lieber Rupert, was waren das für Debatten? – Du hast das wunderbar gemacht. In der Konsequenz gab es dann auch den Bundesaußenminister. Da hast du Pionierarbeit geleistet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Clemens Reif (CDU))

70 Jahre Hessen, das ist ein Land als Politiklabor, und zwar nicht nur, was die Entstehung der GRÜNEN angeht. Wir erinnern uns an die langen Jahrzehnte des roten Hessens mit dem Slogan der Sozialdemokratie: „Hessen vorn“, in denen unser Land vorangebracht wurde. Auch damals gab es schwierige Debatten mit einer konservativen Bundesregierung, bei denen sich Hessen immer als ein Bundesland verstanden hat, das ein bisschen anders und ein bisschen progressiver ist.

Hessen als Politiklabor. Es ist das Land, so glaube ich, mit der meisten Erfahrung mit geschäftsführenden Landesregierungen. Es gab sie bei Holger Börner und später bei Roland Koch.

Tolerierung, auch das ist ein Begriff, der sich für immer in die hessische Politikgeschichte eingegraben hat. Die erste rot-grüne Koalition gab es dann in Kassel – später gab es sie im Land. Herzliche Grüße an den früheren Ministerpräsidenten Hans Eichel.

Hessen war das erste Land mit einer rot-grünen Regierung. 2008 war Hessen das erste Land, in dem es fast eine rot-grün-rote Regierung gegeben hätte. 2014 ist Hessen das Land, in dem es die erste schwarz-grüne Regierung in ei-

nem Flächenland gibt. Dieses Land ist lebendig. In diesem Land wird Politik gemacht und wird auch politische Geschichte geschrieben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Sie denken an die Redezeit.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Wir waren weltweit das erste Land mit einem Datenschutzgesetz und einem Datenschutzbeauftragten. Das sollte uns Verpflichtung sein, dass uns ein bisschen mehr dazu einfällt, wie wir Hass und Gewalt in den sozialen Medien in den Griff kriegen.

Der Frankfurter Weg in der Drogenpolitik macht heute noch bundesweit Schule. Das erste Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt hat sehr früh gezeigt, wie Integration in unserem Land gelingen kann.

Es wird in diesem Hessenland nie langweilig. Wir Hessinnen und Hessen sind eine muntere Truppe. Nicht umsonst haben die Rodgau Monotones gesungen:

Erbarmen – zu spät – die Hesse komme!

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Wir sollten uns daran erinnern, welche Probleme und Herausforderungen unser Land vor 70 Jahren hatte und wie groß die Herausforderungen waren. Sie waren ungleich größer als heute. Das sollte uns den Mut geben, dass wir auch die heute anstehenden Fragen lösen können. Es sollte uns Grund zur Zuversicht geben, die Probleme, die wir ohne Zweifel in unserem Land noch haben, anzupacken. Es sollte uns alle darin bestärken, das freie, das vielfältige und das offene Hessen gegen alle Anfeindungen zu verteidigen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort erhält die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Frau Abg. Janine Wissler.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir erinnern heute an die Gründung des Landes Hessen und das Inkrafttreten der Hessischen Verfassung vor 70 Jahren. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus, das waren die Lehren aus dem Holocaust und aus dem Zweiten Weltkrieg. Viele Menschen, die 1945 aus den Konzentrationslagern und den Gefängnissen der Nazis befreit worden waren oder aus dem Exil zurückkehrten, machten sich daran, eine neue, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen.

Die Atmosphäre dieses Neubeginns 1945 beschrieb Elisabeth Selbert, eine der Mütter des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung, wie ich finde, eindrücklich in ihrer Erinnerung an das erste Treffen der Sozialdemokraten im Kasseler Rathaus kurz nach Kriegsende. Sie war um vier

Uhr morgens aufgestanden, um sich auf den sechsstündigen Fußweg von ihrem Wohnort Melsungen nach Kassel zu machen. Ich zitiere:

... die erste Zusammenkunft der hessischen Sozialdemokraten nach dem Hitler-Reich. Ich empfinde noch heute die Rührung über die Freude: dass wir noch da waren! Über jeden haben wir uns gefreut, der noch oder wieder da war. Es war ... eine unendliche Freude darüber, dass wir wieder frei atmen konnten.

Wieder frei atmen können. Nach der Befreiung vom Faschismus entwickelten sich an vielen Orten gesellschaftliche Bewegungen, die auch durch Landesverfassungen „den Grundstein für ein neues gesellschaftliches Gebäude“ legen wollten, darunter viele Verfolgte des Naziregimes, Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dass eine politische auch eine wirtschaftliche Neuordnung bedeuten müsse. Nicht nur von SPD und KPD, sondern bis in die Reihen der Union wurde die Auffassung vertreten, dass „das kapitalistische Wirtschaftssystem ... den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“ sei, wie es im Ahlener CDU-Parteiprogramm von 1947 heißt. Denn:

Bei einer Formaldemokratie in der Politik und beim Vorhandensein eines Absolutismus in der Wirtschaft kann niemals eine Grundlage für eine sinnvolle Neuordnung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens gefunden werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, dieses Zitat stammt nicht von Karl Marx, sondern von Karl Arnold, Mitbegründer der CDU und ehemaliger Ministerpräsident von NRW.

Die Hessische Verfassung ist ein Bekenntnis zum Frieden, zum Antifaschismus, zur Gleichheit und Freiheit der Menschen, zu sozialen Rechten und zur Beschränkung wirtschaftlicher Macht.

Sie war die erste Landesverfassung, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland verabschiedet wurde – am 1. Dezember 1946 durch Volksentscheid: 76,9 % der Wähler stimmten für die Verfassung.

Frieden, Freiheit, Völkerverständigung und die Ächtung des Krieges sind zentrale Bestandteile der Hessischen Verfassung. Art. 69 besagt:

Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.

Die Lehre aus dem Aufstieg des Faschismus zu ziehen, bedeutete, Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte in der Verfassung als unveräußerlich zu verankern ebenso wie die Demokratisierung und die Gemeinwohlorientierung der Wirtschaft.

An vielen Stellen in der Hessischen Verfassung zeigen sich dieser antikapitalistische Grundansatz und das Ziel einer wirtschaftlichen sozialen Demokratie.

Denn vielen war noch in lebendiger Erinnerung, dass es auch der Druck und der Einfluss des Großkapitals waren, die zum Aufstieg der Nazis führten. Wolfgang Abendroth schrieb:

Abgesehen von Teilen der liberal-demokratischen Parteien waren sich alle politischen Parteien zunächst mit den Gewerkschaften ... in der Erkenntnis einig, dass der Weg in die faschistische Diktatur ... nur durch die spätkapitalistische Struktur der Wirtschaft und das Bündnis zwischen dem Management der Wirtschaft und der nationalsozialistischen Partei möglich geworden war. Deshalb war die Überzeugung Gemeingut, dass diese Struktur ... verändert werden müsste.

(Beifall bei der LINKEN)

Max Horkheimer, einer der führenden Köpfe der Frankfurter Schule, formulierte es noch zugespitzter:

Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

So nehmen die sozialen und wirtschaftlichen Rechte und Pflichten einen großen Raum in der Hessischen Verfassung ein. Sie finden sich gleich in dem ersten Hauptteil unter der Überschrift „Die Rechte des Menschen“.

So in Art. 38:

Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen.

Meine Damen und Herren, „sinnvoll lenken“ heißt eben nicht, es dem Markt zu überlassen. Der Reichtum, der gesellschaftlich produziert wird, soll gerecht verteilt werden und nicht in den Taschen weniger landen.

Oder Art. 39:

Jeder Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit – insbesondere zu monopolistischer Machtzusammenballung und zu politischer Macht – ist untersagt.

Vermögen, das die Gefahr solchen Missbrauchs wirtschaftlicher Freiheit in sich birgt, ist auf Grund gesetzlicher Bestimmungen in Gemeineigentum zu überführen.

Bei festgestelltem Missbrauch wirtschaftlicher Macht ist dabei sogar auf Entschädigung zu verzichten. Großgrundbesitz sollte im Rahmen einer Bodenreform eingezogen werden.

Meine Damen und Herren, der Gesetzgeber hat diese Artikel der Verfassung leider nie umgesetzt. Was würde es bedeuten, wenn wir diese Verfassungsartikel umsetzen würden? Was würde es für Konzerne wie E.ON und RWE, Amazon oder die in Hessen ansässige Eigentümerfamilie von BMW bedeuten, wenn Kapital begrenzt wäre?

Bei den Energiekonzernen sehen wir beispielhaft diese monopolistische Zusammenballung und einen daraus resultierenden enormen politischen Einfluss, z. B. um die Energiewende auszubremsen. Die heutigen Eigentumsverhältnisse blockieren also gesellschaftliche Entwicklungen.

Wirtschaftliche Macht ist gleichbedeutend mit politischer Macht, aber umgekehrt gilt das weit weniger. Parlamente und Regierungen sind erpressbar, wenn Konzerne über die

Infrastruktur und Arbeitsplätze entscheiden. Dann bestimmen sie die politische Agenda, egal welche Parteien regieren. Meine Damen und Herren, genau das sollte durch diese Verfassungsartikel verhindert werden.

Die Verfassung geht noch einen Schritt weiter und fordert in Art. 41 die Sozialisierung der Schlüsselindustrien – über diesen Artikel wurde in einer Volksabstimmung gesondert abgestimmt. Darunter befinden sich der Bergbau, die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft, aber auch das Verkehrswesen. Vom Staat beaufsichtigt oder verwaltet werden sollten die Großbanken und Versicherungsunternehmen.

Das geht weit über die betriebliche Mitbestimmung hinaus. Es geht um eine weitreichende Demokratisierung, und zwar nicht nur einzelner Betriebe, sondern ganzer Wirtschaftsbranchen. Es geht um Schlüsselindustrien, die nach Ansicht der Mütter und Väter des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung so wichtig für die Gesellschaft sind, dass man sie nicht der Privatwirtschaft und den Marktmechanismen überlassen kann.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der damalige hessische Wirtschaftsminister Harald Koch sagte:

Wovon man sich auch immer leiten lassen mag – von christlicher, von sozialer, von politischer Verantwortung –: Der Weg in eine glücklichere Zukunft führt über den Sozialismus zur Demokratie.

So der damalige Wirtschaftsminister, der versuchte, diese Sozialisierung durch Gesetze umzusetzen.

Meine Damen und Herren, das Wort Privatisierung taucht in dieser Verfassung gar nicht auf. Weder in Bezug auf Kliniken noch in Bezug auf Justizvollzugsanstalten und anderes, was in den letzten Jahren ausverkauft wurde.

Auch bei Art. 47, den Besteuerungsgrundsätzen, klaffen Verfassungstext und Realität leider weit auseinander. Darin heißt es, dass Vermögen und Einkommen „nach sozialen Gesichtspunkten“ besteuert werden müssten. In der Realität werden Vermögen gar nicht besteuert. Auch hier würde ich mir wünschen, dass diese Verfassung etwas ernster genommen würde.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Erwin Stein, CDU, erster Kultusminister in Hessen, sowie später 20 Jahre lang Bundesverfassungsrichter, schrieb 1976 zum 30. Jahrestag der Hessischen Verfassung:

Mit der Anerkennung der sozialen Achtung des Menschen vollzieht die Verfassung die geistige Wende zum Sozialstaat und erteilt damit den Staatsorganen zugleich den Verfassungsauftrag, eine unverkümmerte freie Existenz der Menschen ... zu pflegen und zu fördern. Dazu gehören vor allem: das Recht auf Arbeit und Erholung, ... das Recht auf Schutz der Gesundheit, das Recht auf Bildung und Erziehung, vor allem die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, sowie das Recht auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Fortschritt.

Hinzufügen könnte man: das Streikrecht und das Verbot von Aussperrungen – auch das sind wichtige Errungenschaften für die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Laut Art. 33 muss „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelten, und der Lohn muss „zum Lebensbedarf für den Arbeitenden und seine Unterhaltsberechtigten [Angehörigen] ausreichen“. Die Entgeltungleichheit zwischen Männern und Frauen und die über 300.000 Menschen, die in Hessen zu Niedriglöhnen arbeiten, sind demnach ein permanenter Verfassungsbruch.

Meine Damen und Herren, die Hessische Verfassung beinhaltet auch ein Bekenntnis zum Achtstundentag und nicht zur 42-Stunden-Woche für Beamte.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte auf ein weiteres Grundrecht in dieser Verfassung hinweisen. In der Hessischen Verfassung und später im Grundgesetz wurde ein Grundrecht niedergeschrieben, das – auch aus der Lehre der Geschichte – eine wichtige Errungenschaft ist, nämlich das Asylrecht. Dieses Asylrecht wurde ausgehöhlt durch den Asylkompromiss 1992 auf Bundesebene und auch durch die jüngste Gesetzgebung. Für uns ist das Asylrecht ein unveräußerliches Grundrecht, das keine Obergrenzen kennt und verteidigt werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die Hessische Verfassung enthält in Art. 7 ein Bekenntnis zum Asylrecht:

Fremde genießen den Schutz vor Auslieferung und Ausweisung, wenn sie unter Verletzung der in dieser Verfassung niedergelegten Grundrechte im Ausland verfolgt werden und nach Hessen geflohen sind.

Zu diesen in der Verfassung niedergelegten Grundrechten gehört, dass Leben, Gesundheit und Würde des Menschen unantastbar sind. Meine Damen und Herren, wer die Hessische Verfassung ernst nimmt, der darf Menschen nicht in Länder wie Afghanistan abschieben.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Menschen, die vor Not, Elend, Verfolgung und Krieg fliehen, dürfen nicht abgewiesen bzw. abgeschoben werden. Rassismus und Vorurteile bekämpft man am besten durch eine Willkommenskultur. Um es mit den Worten des früheren Ministerpräsidenten Georg August Zinn zu sagen: „Hesse ist, wer Hesse sein will.“

Meine Damen und Herren, der 70. Jahrestag des Inkrafttretens der Hessischen Verfassung ist Anlass, kritisch zu hinterfragen, in welcher Verfassung Hessen heute ist und wie weit die Errungenschaften und Ziele, die in der Verfassung verankert sind, verwirklicht sind. Leider klafft zwischen Verfassungsanspruch und Wirklichkeit eine gewaltige Lücke.

Wir leben in einem Land, in dem die einen mit Wohnraum spekulieren, während die anderen kein Dach über dem Kopf haben. Wir leben in einem Land, in dem das Vermögen zweier hessischer Familien die Staatsverschuldung des Bundeslandes beinahe übersteigt. Wir leben in einem Land, in dem Banker mit Milliarden jonglieren, während sich viele Kinder im Schatten der Bankentürme ihr Schulessen nicht leisten können.

Die soziale Kluft wächst. Wir haben mittlerweile in Deutschland mehr Multimillionäre als in Saudi-Arabien. Gleichzeitig liegt die Lebenserwartung von Obdachlosen in Deutschland bei 46,5 Jahren und damit 30 Jahre unter dem Durchschnitt.

Diese soziale Kluft zeigt sich gerade auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden. 100 Einkommensmillionäre leben in dieser Stadt, während jedes vierte Kind als arm gilt. Diese offensichtlichen Widersprüche stellen die Legitimität der heutigen Wirtschaftsordnung zunehmend infrage.

Nach einer Umfrage glauben 90 % der Deutschen nicht, dass der Kapitalismus die drängenden sozialen und ökologischen Probleme lösen kann. Das glaubten die Mütter und Väter der Hessischen Verfassung auch nicht.

Meine Damen und Herren, wenn man die Grundsätze der Hessischen Verfassung heute verwirklichen würde, käme das nicht weniger als einer politischen und sozialen Revolution gleich. Prof. Wippermann sagte vor Kurzem in einer Anhörung zum Linksextremismus: Zeigen Sie einmal dem Landesamt für Verfassungsschutz, was alles in dieser Verfassung steht. Die werden anfangen zu rotieren.

Die Eigentumsstrukturen müssten grundlegend verändert werden, wenn man diese Verfassung umsetzen wollte. Wenn 10 % der Menschen über zwei Drittel des Vermögens verfügen, dann ist das eine Ungerechtigkeit.

Solange die Demokratie am Betriebstor endet und Konzerne unser Leben bestimmen, wird die Demokratie unvollständig sein. Wir können Parlamente wählen – aber was nutzt das, wenn Konzerne und Banken maßgeblich über unser Leben entscheiden?

Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, in dem die Bedürfnisse der Menschen an allererster Stelle stehen. Echte Demokratie und Freiheit bedeuten auch demokratische Entscheidungen über die Wirtschaft.

Die Ideale der bürgerlichen Revolution von Freiheit, Gleichheit und Demokratie sind nicht einlösbar, solange das Privateigentum sakrosankt bleibt und die soziale Ungleichheit nicht beseitigt wird. Ohne wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte bleiben die bürgerlichen und politischen Rechte weitgehend wirkungslos.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht um Freiheit und um ein selbstbestimmtes Leben. Es geht um den Zugang zu Bildung und Kultur und um zwischenmenschliche Beziehungen, bei denen es keinen Herrn und keinen Knecht, keinen Herrscher und keinen Beherrschten gibt.

Alle fünf Jahre ein Parlament zu wählen, kann nicht das höchste Stadium der Demokratie sein. Auch hier der Verweis auf die Verfassung: In Art. 116 heißt es, dass die Gesetzgebung ausgeübt werde erstens „durch das Volk im Wege des Volksentscheids“. Erst an zweiter Stelle wird der Landtag genannt.

Recht und Verfassung sind immer Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Es ist auf die wechselvolle Geschichte fortschrittlicher Bewegungen in diesem Bundesland hingewiesen worden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Denken Sie bitte an die Redezeit.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Die Verfassung zu schützen, bedeutet, sich gegen jeden Versuch zu wenden, die politischen und sozialen Errungenschaften beispielsweise mithilfe der Enquetekommission preiszugeben und zu entkernen. Wir halten es für richtig, dass Volksbegehren erleichtert werden und dass das passive Wahlalter gesenkt wird. Die Todesstrafe ist abgeschafft. Das sollte auch im Verfassungstext deutlich werden. Diese Veränderungen tragen wir mit.

Die Verfassung sieht aber eben keine marktkonforme Demokratie vor, wie es die Kanzlerin zum Ausdruck gebracht hat. Ganz im Gegenteil, wir täten besser daran, die Realität im Sinne der Verfassung zu ändern, anstatt die Verfassung den gesellschaftlichen Missständen anzupassen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen die sozialen und politischen Rechte mit Leben füllen und Alternativen zum Kapitalismus entwickeln. Dabei ist diese Verfassung kein Hindernis, sondern eine Verbündete. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Vorsitzende der Fraktion der FDP, Herr Abg. Florian Rentsch.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal dem Präsidenten in Person danken, weil ich es für richtig halte, dass wir heute hier im Parlament diese 70 Jahre begehen und feiern – in diesem munteren Parlament, wie man immer merkt. Ich bin sehr froh, dass so viele Persönlichkeiten, aber vor allem auch so viele ehemalige Kolleginnen und Kollegen heute unter uns sind, die alle über Jahre hinweg in verschiedenen gesellschaftspolitischen Diskursen dafür gestritten haben, den richtigen Weg zu finden.

Frau Kollegin Wissler, ich glaube, das ist schon eine Leistung in einer Zeit, in der über Politikverdrossenheit diskutiert wird. Dieses Parlament sagt selbstbewusst: Wir leben diese parlamentarische Demokratie. Wir sind auch stolz darauf, dass wir dieser großen Verantwortung nachkommen, und werden dieser auch künftig nachkommen.

Deshalb bin ich der Meinung, dass das Parlament an einem solchen Tag nicht beschämt sein sollte, sondern es sollte selbstbewusst sagen: Wir streiten weiter um den richtigen Weg.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Land hat in seiner Geschichte viele große Persönlichkeiten hervorgebracht, Menschen, die das Hessen geformt haben, über das wir heute reden. Ich sage gleich noch etwas dazu, ob wir wirklich so homogen sind, wie wir uns als Hessen gerne sehen. Was diese Persönlichkeiten auszeichnet, auch viele Ministerpräsidenten, ist mit Sicherheit der Mut, Entscheidungen zu treffen. Unabhängig davon, ob man sich im politischen Geschäft, im politischen Diskurs, in einem Unternehmen, in einem Verein oder

sonst wo befindet, ist es häufig die größte Herausforderung, den Mut zu haben, etwas zu entscheiden, weil natürlich jede Entscheidung Gewinner und Verlierer hervorbringt, weil natürlich einige die Entscheidung für richtig und einige die Entscheidung für falsch halten.

Schauen wir uns einmal an, was die Ministerpräsidenten für dieses Land getan haben. Dabei ist Georg August Zinn sicherlich eine herausragende Persönlichkeit, wie es heute schon von vielen Kollegen festgestellt worden ist. Schauen wir uns einmal an, wie er bei der Verfassungsgebung sowohl auf hessischer Ebene als auch auf Bundesebene seine Aufgaben erfüllt hat. Schauen wir uns an, wie er dem Land bei der Frage eine Richtung gegeben hat, wie man mit dem Unrechtsregime des Dritten Reichs umgeht. Er hatte damals den Mut, das aufzuarbeiten, was damals viel schwieriger war, als wir dies heute in diesem Parlament diskutieren.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns einmal die Integration von Vertriebenen an. Diese Aufgabe war damals sicherlich eine große Herausforderung, wie es auch Herr Kollege Boddenberg zutreffend gesagt hat. Ich will aber auch das unterstreichen, was Mathias Wagner gesagt hat. Auch Fritz Bauer wurde der Rücken gestärkt bei seinem Kampf gegen das Unrecht, das seine Fortsetzung in unserem Justizsystem fand. Meine Damen und Herren, das ist beeindruckend.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zinn hat außerdem die Weichen gestellt für die Grundlagen unserer Wirtschaftsstruktur von Industrie über Flughafen bis zum Automobilstandort. Er hat den Hessentag erfunden, über den wir uns heute jedes Jahr freuen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Der Kollege Oberbürgermeister aus Rüsselsheim freut sich. Keine Angst, wir kommen auch. Da kommen Sie nicht drum herum.

Das alles sind große Errungenschaften, die heute noch aktuell sind. Das hat Albert Osswald fortgesetzt mit der ersten sozial-liberalen Koalition. Herr Kollege Wagner, da gab es die GRÜNEN noch gar nicht. Da war fast alles noch in Ordnung – aber das darf ich gar nicht sagen.

(Heiterkeit)

Die Gebietsreform war ein mutiges Projekt. Das sage ich einmal als Liberaler. Das wissen viele im Raum. Die Gebietsreform begegnet mir heute noch in ihren Auswirkungen und Verwirrungen, die dadurch geschaffen worden sind. Theoretisch gesehen, war das ein richtiges Projekt. Da kann man aber auch sehen, wie schwierig es teilweise ist, Richtiges umzusetzen und den Mut zu haben, es zu tun.

Meine Damen und Herren, ich bin Nordhesse und bin mit Holger Börner groß geworden. Aus meiner Kindheit und Jugend kenne ich eigentlich keinen anderen Ministerpräsidenten. Kollege Schäfer-Gümbel, nachdem ich etwas älter wurde, musste ich feststellen, dass es noch andere Parteien als die SPD gibt. Wenn man in Nordhessen groß wird, ist das gar nicht so einfach. Das war aber so.

(Heiterkeit – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Dauerliche Entwicklung!)

Dann habe ich aber noch den richtigen Weg gefunden.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte jetzt nicht zu sehr auf Herrn Börner eingehen, aber von ihm stammen nun einmal große Zitate. Ich glaube, das ist bekannt. Nicht immer hat er Wort gehalten, Herr Kollege Wagner.

Holger Börner hat aber auch schwierige Entscheidungen treffen müssen. Auch das zeichnet ihn aus. Die wirtschaftspolitisch richtige Entscheidung, den Frankfurter Flughafen auszubauen in einer gesellschaftspolitisch sehr schwierigen Situation mit zwei Toten und sehr vielen Verwerfungen in den Parteien und darum herum in den gesellschaftspolitischen Institutionen, das ist etwas, was für die Politik damals nicht einfach war, auch nicht für die liberalen Minister, die in dieser Frage damals Verantwortung getragen haben.

Ich möchte auf etwas anderes einen Schwerpunkt legen, und zwar auf die Homogenität, über die wir gerne reden. Wenn wir über Hessen reden, sind wir Hessen. Meine Damen und Herren, wir sind sicherlich nicht alle gleich. Es gibt den schönen Satz: Wenn alle Menschen gleich wären, würde einer reichen. – Nein, darum geht es nicht. Es geht darum, dass sich Nordhessen und das Rhein-Main-Gebiet doch fundamental unterscheiden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Ich setze heute auf die Solidarität der Nordhessen.

(Heiterkeit)

Ich bin Ralf Euler von der „FAZ“ sehr dankbar, dass er in seinem Artikel in der Reihe „70 Jahre Hessen“ über die Nordhessen wahre Worte gefunden hat: „kampflustig, gewitzt, trinkfest“.

(Große Heiterkeit)

Alle diese Attribute sind mit Sicherheit nicht falsch. Er beschreibt aber auch sehr schön, dass die Historie des Landes, das, was wir heute sind, historisch gesehen nicht im Rhein-Main-Gebiet „erfunden“ wurde, sondern dass die Nordhessen an der Stelle viel einbringen.

Ich habe in Nordhessen, in dem Teil des Landes, in dem ich aufgewachsen bin, viel gelernt, vor allen Dingen Gelassenheit. Das hilft mir seit 20 Jahren – seit ich im Rhein-Main-Gebiet bin und hier Politik machen muss.

(Zurufe von der CDU: Muss?)

– Ich hoffe, Sie wären doch traurig, wenn ich nicht da wäre.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP)

Fakt ist, dass die Unterschiede, die es in diesem Land gibt, das Land eigentlich charmant machen. Die Nordhessen, die Mittelhessen, die Rhein-Mainer, die Menschen, die an der Bergstraße leben, die unterschiedlichen Landstriche, die Dialekte, die sehr verschiedenen Charakterzüge – diese Heterogenität macht unser Land aus. Hessen ist flächenmäßig nicht groß, aber es ist sehr spannend. Es ist immer wieder interessant, Menschen aus den unterschiedlichen Teilen des Landes kennenzulernen. Deshalb sage ich sehr ernst: Der Hessentag, der jedes Jahr an einem anderen Ort stattfindet, sorgt auch dafür, vielfältige Einsichten in unser Bundesland zu gewinnen. Deshalb ist der Hessentag mit Sicherheit eine gute Idee und eine gute Institution.

Ich will Ihnen aber auch sagen, welches Ereignis mich in den Jahren, die ich in diesem Lande lebe, am meisten geprägt hat. Frau Kollegin Wissler, ich habe nachgedacht und festgestellt, dass das die deutsche Einheit ist. Ich kann mich gut an das erinnern, was am 9. November 1989 in Nordhessen geschehen ist; ich bin in einem Dorf in der Nähe von Kassel aufgewachsen. Ich erinnere mich, dass am Abend des Tages, als an die Mauer geöffnet worden ist – vorsätzlich oder nicht vorsätzlich, wie auch immer man die geschichtlichen Geschehnisse dieses Tages in Erinnerung hat –, Hunderte, ja Tausende von Trabbis nach Kaufungen kamen. Ich hatte damals übrigens das Gefühl, Frau Kollegin Wissler, dass sich die Menschen, die zu uns kamen, mehr auf den Markt und weniger auf eine politische Lenkung gefreut haben, wie sie sie jahrzehntelang hinter sich hatten. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb glaube ich, dass die deutsche Einheit und all das, was danach passiert ist – die historischen Texte des Hessischen Landtags sind sehr beeindruckend, und auch die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Mauerfalls waren sehr beeindruckend –, die Entscheidungen, die getroffen worden sind, um Möglichkeiten zu finden, die deutsche Einheit nach der Grenzöffnung wirklich zu realisieren, historische Ereignisse sind. Dies bewegt mich auch heute noch nachhaltig, weil ich es für eine wirklich historische Leistung halte, dass wir es geschafft haben, die zwei Teile Deutschlands wieder zusammenwachsen zu lassen.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich ansieht, was aus unseren Nachbarn geworden ist, dann kann man stolz auf das sein, was wir den Kolleginnen und Kollegen, die damals Verantwortung getragen haben, an Hilfe geleistet haben. Wir haben alles dafür getan, z. B. mit Thüringen, unserem Nachbar- und Partnerland, mit dem gerade die Nordhessen aufgrund der Geschichte so viel gemeinsam haben, eine intensive Zusammenarbeit zu gestalten. Thüringen ist heute eine Demokratie, ein erfolgreiches Land im Osten, sicherlich mit speziellen Problemen – das ist unbestritten –, aber ein Land, das seine Identität gefunden hat, kulturell sowieso, mittlerweile aber auch wirtschaftlich. Das ist ein großer Erfolg.

Wenn man auf diese Zeit zurückblickt, dann muss man an einem Punkt, der von einem Teil der Kollegen angesprochen worden ist, noch einmal etwas genauer hinschauen. Das, was wir heute wirtschaftlich darstellen, ist keine Selbstverständlichkeit. Wir streiten um den richtigen Weg und vertreten dabei teilweise sehr unterschiedliche Ansichten. Wolfgang Clement hat einmal bei einer Veranstaltung zu mir gesagt: Aus der Sicht von Nordrhein-Westfalen – dem stolzen Land „links“ von uns – war die Erfolgsgeschichte Hessens nicht vorauszusehen. – Hessen war zum Zeitpunkt der Gründung der Bundesrepublik kein Land, das mit vielen Strukturen und Fähigkeiten gesegnet war, sodass damals nicht klar war, dass hier eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Bundesländer entstehen würde. Hessens Industrie, seine Infrastruktur, seine renommierten Hochschulen und all das, was das Land liebenswert macht, von der Umwelt über die Natur bis zur Kultur, das sind die Besonderheiten dieses kleinen Landes, das in unterschiedlichsten Bereichen eine hohe Erfolgsquote hat. Das ist schon eine tolle Geschichte.



Deshalb ist es an einem solchen Tag auch richtig, zu sagen, dass das, was wir Politiker machen, davon abhängt, was die Menschen in diesem Land tun. Wir setzen den Rahmen, den die Menschen in unserem Land ausfüllen. Die Mitarbeiter in den Unternehmen und in der Verwaltung sind diejenigen, die das Land mit ihren Ideen nach vorne bringen. Darauf können wir zwar nicht stolz sein, weil das nicht unsere Leistung ist, aber wir können dankbar sein, dass es so ist, dass es diese Menschen gibt, die uns mit ihrer Arbeit überhaupt erst ermöglichen, dass wir hier unseren Job tun können.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sollte es auch in Zukunft darum gehen, dass wir aus den unterschiedlichen Sichtweisen, die wir haben, um die Bereiche streiten und kämpfen, wo wir wirtschaftlich stark sind, ob es der Finanzplatz Frankfurt, die Deutsche Börse, der Frankfurter Flughafen ist, ob es Industriestrukturen in Nordhessen sind. Wir müssen den Mut haben, um den richtigen Weg zu streiten und die richtigen Entscheidungen zu treffen, damit die Kolleginnen und Kollegen in zehn oder 20 Jahren, wenn sie Jubiläen feiern, sagen können: Diejenigen, die im Jahr 2016 und danach Verantwortung getragen haben, haben die richtigen Entscheidungen für das Land getroffen. – Das wird die zum Schluss entscheidende Frage sein.

Deshalb wünsche ich uns, dass uns der Mut zum Streit nicht fehlt. Hier, in dieses Parlament, gehört der Streit hin – nicht um des Streites willen, sondern um den richtigen Weg. Der Hessische Landtag ist ein munteres Parlament; das beweist er immer wieder. Streit ist dann kein Makel, wenn man nicht persönlich, sondern in der Sache streitet. Dann ist der Landtag sicherlich ein guter Ort, um das Land nach vorn zu bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Ministerpräsident Volker Bouffier.

#### **Volker Bouffier, Ministerpräsident:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rentsch, zunächst eine kleine Bemerkung. Sie haben Nordhessen ganz besonders gelobt – zu Recht. Aber an einem solchen Tag, an dem wir des Zeitpunkts vor 70 Jahren gedenken, an dem die Verfassung in Kraft trat, kann ich nicht umhin, die Osthessen, die Westhessen, die Südhessen, die Frankfurter und die Offenbacher, die Mittelhessen und vor allem die Oberhessen zu nennen. Sie alle sind zu loben. Sie alle gehören zu Hessen und machen das aus, was das Land stark macht.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und der FDP)

Die Besonderheit Gießens zu erwähnen ist mir ein Anliegen; Albert Osswald hätte das ebenfalls gerne getan.

Meine Damen und Herren, es ist die Stunde des Parlaments. Die Fraktionen haben die Chance genutzt, das Ge-

meinsame zu würdigen und gleichzeitig Akzente zu setzen und deutlich zu machen, wo – in groben Linien – die Unterschiede verlaufen. Das ist gut so. Die Parteien sind nicht das Volk, aber sie sind berufen, an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken. In der verfassungsrechtlichen Realität – auch in der Hessens – sitzt in diesem Landtag seit vielen, vielen Jahren kein einziger Abgeordneter, keine einzige Abgeordnete mehr, die nicht Repräsentantin, der nicht Repräsentant einer Partei ist. Weil das so ist, ist es nicht verwunderlich, dass auch heute die Grundüberzeugungen der Parteien deutlich geworden sind. Das ist gut so.

Meine Vorrednerin und meine Vorredner haben in ihren Beiträgen sehr deutlich herausgearbeitet, was uns verbindet, was dieses Haus, das hessische Parlament, in den letzten 70 Jahren in gemeinsamer Überzeugung gestaltet hat, aber auch, wo die Unterschiede in der Beurteilung liegen. Sie haben auch darauf hingewiesen, wie es im Land weitergehen kann. Deshalb möchte ich mich heute für die Landesregierung herzlich beim Parlament bedanken.

Jede Regierung ist darauf angewiesen, dass sie im Parlament eine Mehrheit für ihre Politik findet. Deshalb bedanke ich mich heute für alle Landesregierungen, auch für meine sieben Vorgänger als Ministerpräsidenten: Ohne diese Parlamentsunterstützung hätten wir diese Arbeit nicht leisten können.

Dieser Dank gilt nicht nur denjenigen, die die jeweilige Regierung parlamentarisch unterstützen. Dieser Dank gilt auch der Opposition. Eine Regierung ist nicht nur der sie tragenden Mehrheit verantwortlich, sie ist dem ganzen Parlament verantwortlich. Die Arbeit der Opposition ist wichtig, sie ist notwendig, und sie ist konstitutiv für eine funktionierende Demokratie. Deshalb auch Danke an die, die früher einmal in einer Regierung saßen, die heute in der Opposition sind und die natürlich daran arbeiten, dass es bald wieder anders wird. Als gelernter Oppositionspolitiker weiß ich, die Opposition ist manchmal mühsam. Trotzdem ist die Feststellung richtig: Regierungstragende Mehrheiten gehören zu einem erfolgreichen Parlament. Kritische Opposition gehört zwingend zu einer erfolgreichen Demokratie. – Ich bedanke mich bei den einen wie bei den anderen.

(Allgemeiner Beifall)

Demokratie ist Auseinandersetzung, ist Kampf, ist Leidenschaft, ist das Ringen um das beste Argument und am Ende auch um Mehrheiten. Demokratie ist nicht – und schon gar nicht im postfaktischen Zeitalter – das wilde Behaupten, das Verleumden, das Manipulieren und das bewusste Ignorieren und Missachten von Fakten und Gegebenheiten.

Meine Damen und Herren, immer mehr Menschen neigen dazu, Fakten schlicht zu missachten oder nur noch das in ihr Weltbild aufzunehmen, was gerade da hineinpasst. Nicht zuletzt das, was wir in den sozialen Netzwerken erleben, muss uns Sorgen machen. Was dort stattfindet, ist technologisch eine Revolution, aber es legt die Axt an unsere Gemeinschaft. Wenn wir heute wissen, dass mehr als ein Drittel all dieser Meldungen, dieser Likes, und was es sonst alles gibt, nicht mehr von Menschen kommt, sondern von Maschinen, von Robotern, die entsprechend programmiert sind, die uns künstlich den Eindruck millionenfachen Diskurses in der Bevölkerung vermitteln, und dahinter ein Einziger steht, der die Dinge programmiert hat, dann müssen wir darauf achten, dass wir sensibel unterscheiden zwischen dem, was die Menschen bewegt, und dem, was uns gelegentlich vermittelt wird, was sie angeblich bewegen

würde. Wir müssen darauf achten, was in diesem Bereich passiert: Entgrenzung, Enthemmung, Verachtung von Minderheiten und nicht zuletzt – das erwähne ich heute ganz besonders – die konsequente Verächtlichmachung des Staates und seiner Institutionen, vorneweg des Parlaments und der Abgeordneten.

Meine Damen und Herren, man darf sich nicht wundern, dass die Kraft des Arguments, die Kraft der Entscheidungen eines Parlaments zurückgeht, teilweise nicht wahrgenommen wird oder jedenfalls Demokratie nicht in dem Maß gemeinschaftsstiftend wirkt, wie wir uns das gemeinschaftlich wünschen, wenn man eine solche Entwicklung mehr oder weniger gleichgültig begleitet.

Deshalb möchte ich diesen Tag heute nutzen, uns gemeinsam dazu aufzurufen, dass wir mit aller Kraft solchen Entwicklungen entgegentreten, egal wo sie passieren. Es ist zu Recht nahezu von allen hier gesagt worden: Dieses Land hat nach der Befreiung durch die Amerikaner die Chance erhalten, sich in Selbstbestimmung, Demokratie und Achtung der Menschenwürde neu zu begründen. Das ist in den letzten 70 Jahren gut gelungen.

Aber wenn wir nach vorne schauen, ist mir bei all dem Streit des Tages über viele Themen, über die wir uns hier unterhalten, der Kern und das Wichtigste, dass wir hier den Anfängen wehren. Wer diese Entwicklung nicht zurückdrängt, der wird erleben, dass das, was in einer Demokratie konstitutiv ist, der Respekt vor dem Parlament und den Abgeordneten, nicht verstaubte Verehrung von Institutionen ist, sondern die Grundlage gelingender Demokratie.

Wenn Entscheidungen von Mehrheiten gegen engagierte Minderheiten nicht mehr den Zuspruch und die Anerkennung in einer Bevölkerung finden, weil man die Institution generell ablehnt, dann wird aus diesem Hessen etwas anderes. Dann ist es nicht mehr das Land der Freiheit, das Land der Zukunft, des persönlichen Glücks und der Achtung der Menschenwürde. Genau darum muss es nicht nur heute, sondern auch in den nächsten 70 Jahren gehen.

(Allgemeiner Beifall)

Als vor 70 Jahren die ersten Abgeordneten zusammentraten, war es eine völlig andere Welt. Frau Kollegin Wissler, Sie haben, wie ich finde, sehr berührend die Schilderung von Frau Selbert vorgetragen: sechs Stunden zu Fuß. Ich habe die eine oder andere Erinnerung von den Mitgliedern der Verfassungsberatenden Landesversammlung und auch des ersten Landtags gelesen.

Ich habe das Glück gehabt, ein Mitglied dieser Verfassungsberatenden Landesversammlung und auch des ersten Hessischen Landtags persönlich kennenzulernen. Es war ein Mitglied meiner Partei, der aus Watzenborn-Steinberg kam, aus Pohlheim in der Nähe von Gießen, der in der Grube arbeitete, der ein klassischer Arbeiter war und der seine Arbeit trotz des Parlamentarierdaseins weiter fortsetzte, der zu Fuß zum Zug ging, über 10 km, und, nachdem er hier getagt hatte, das Ganze wieder zurück, der kei-

ne Diäten bekam und der auch nicht wusste, wie es weitergehen würde.

Diese Männer und Frauen wussten aber eines: dass sie diese Chance des Neuanfangs nicht vorbegehen lassen durften. Sie waren beseelt. Diese Kraft müsste uns eigentlich auch befähigen, die heutigen Herausforderungen mit Erfolg zu bewältigen.

Deshalb wünsche ich mir und, ich denke, uns allen, dass bei all den veränderten Umständen – die hatten natürlich auch kein Telefon; von Internet, Handy und Twitter haben sie nicht einmal etwas geahnt – der Kern bleibt: die gesamte Bevölkerung zu vertreten, selbstbewusst, mutig, kämpferisch, die Freiheit des Abgeordneten bei der Gestaltung der Gesellschaft und der Zukunft erfolgreich zu verbinden mit einem Wohlergehen für unser gesamtes Land. Das, denke ich, muss die Aufgabe von Abgeordneten sein.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns das anschauen – 70 Jahre Hessischer Landtag, 70 Jahre Hessen –, dann kann man uneingeschränkt sagen: 70 Jahre Erfolgsgeschichte.

(Allgemeiner Beifall)

Dies verdanken wir auch und gerade denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die in den letzten 70 Jahren durch ihre politischen Entscheidungen die Grundlagen für diesen Erfolg gelegt haben. So soll es weitergehen: mit engagierten, mit streitbaren und mutigen Abgeordneten, die für ihre Überzeugungen stehen und gleichzeitig beachten, dass sie Entscheidungen für das ganze Volk treffen. Das ist gut gelungen, und so soll es bleiben.

Herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank dem Hessischen Landtag.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Ministerpräsident, auch Ihnen einen herzlichen Dank, wie ich mich bei den Vorsitzenden aller Landtagsfraktionen für diese zwei Stunden herzlich bedanke. Ich hoffe, dass wir alle jetzt innerlich gut beseelt sind, diesen Geburtstag heute Abend und morgen zu feiern, dass wir hinausgehen und fröhlich feiern. – Frau Wissler, einverstanden damit?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Natürlich!)

– Wunderbar.

Ich darf Sie zu einem Empfang draußen einladen. Ansonsten schließe ich die Sitzung und bedanke mich, dass Sie daran teilgenommen haben. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 15:50 Uhr)